

Verbrechen beteiligt war, zur Flucht verhilft. Man glaubt, daß die Vermutung des Zwanges überholt ist, auf der dieser Paragraph beruht.

Außerdem wird § 197 so abgeändert, daß jetzt auch die Ehefrau der Verpflichtung unterliegt, für den Unterhalt ihres Ehegatten zu sorgen. Beide Eheleute werden also gleichgestellt.

Einwanderungsgesetz

Das Mantelgesetz wird den Ausdruck "Familienoberhaupt" aus dem Gesetz tilgen. Obgleich die heutige Definition dieses Ausdrucks bei genauer Interpretierung ihres Wortlauts durchaus neutral ist, wird er fast ausschließlich als Bezeichnung des Ehemannes aufgefaßt.

Weitere Änderungen sehen vor, daß ein Ausweisungsbefehl gegen ein "Familienoberhaupt" nicht mehr die unterhaltsberechtigten Familienangehörigen einschließen darf, sofern diese kanadische Staatsbürger oder ordnungsgemäß nach Kanada eingewandert sind und das 18. Lebensjahr vollendet haben.

Gesetz über die Beschäftigung im Öffentlichen Dienst

Bei diesem Gesetz werden zwei weitere Diskriminierungsgründe für unzulässig erklärt: Ehestand und Alter. Das Geschlecht ist bereits ein unzulässiger Grund, man hat jedoch erkannt, daß Frauen auch wegen ihres Familienstandes benachteiligt werden könnten. Selbstverständlich ist auch eine Diskriminierung auf Grund des Alters unannehmbar.

Kriegsteilnehmer und deren Angehörige

Die die ehemaligen Kriegsteilnehmer betreffenden Änderungen des Kriegsrentengesetzes (Pension Act) und des Gesetzes über Renten und Zulagen für zivile Kriegsoffer (Civilian War Pensions and Allowances Act) entsprechen dem Gesetz, das zur Änderung der Volksrente eingebracht werden soll. Sie sehen vor, daß künftig dem Ehemann und den Kindern der weiblichen Kriegsversehrten die gleichen Rentenbezüge gezahlt werden wie den unselbständigen Angehörigen männlicher Kriegsversehrter. Außerdem sollen nicht nur Witwen, sondern auch Witwer Rente beziehen. Kinder beiderlei Geschlechts haben bis zum 17. Lebensjahr einen Rentenanspruch, der auf das 25. Lebensjahr ausgedehnt wird, wenn sie sich bis dahin ununterbrochen in Ausbildung befinden.

Landesverteidigungsgesetz (National Defence Act)

Das Mantelgesetz wird Mädchen ebenso wie Jungen den Eintritt in ein Militärkadettenkorps gestatten. Jeden Sommer beschwerten sich Mädchen bei der Regierung, weil sie nicht zugelassen worden sind, und die Regierung hält es für völlig ungerechtfertigt, Mädchen weiterhin hiervon auszuschließen.

Mutterschutzgeld

Die Änderungen betreffen das Mutterschaftsgeld, das gemäß Arbeitslosenversicherungsgesetz (Unemployment Insurance Act) zu zahlen ist. Bisher waren diese Leistungen nur für den Zeitraum von 15 Wochen vorgesehen, der acht Wochen vor der Woche der Niederkunft begann und 6 Wochen danach endete. Auf Grund der Änderungen besteht Anspruch auf Mutterschaftsgeld innerhalb einer beweglichen Frist von insgesamt 15 Wochen, die jederzeit ab acht Wochen vor der Niederkunft beginnen und bis zu 15 Wochen nach der Geburt gelten kann. Frauen, die den größten Teil ihres Mutterschaftsurlaubs lieber nach der Geburt des Kindes nehmen möchten,